

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Johann Michalek,
Wien, I., Neues Rathaus.

3. Ausgabe.

25. Jahrgang. Wien, Dienstag, den 8. April 1919. Nr. 161.

Die Finanzlage der Stadt Wien. In der heutigen Stadtratsitzung erstattete Bürgermeister Dr. Weiskirchner einen Bericht über die gegenwärtige Finanzlage der Stadt Wien. Er führte hierbei u. a. aus: Im Laufe des Verwaltungsjahres haben sich die Personalauslagen der Gemeinde durch Erhöhung der Kriegszulagen, Bewilligung weiterer Anschaffungsbeiträge und Notaushilfen, Bezugs-erhöhungen und andere Verwaltungsauslagen infolge der steigenden Teuerung derart erhöht, dass schon im Dezember 1918 die Aufnahme einer Defizitaulahe von 250 Millionen Kronen notwendig wurde. Aus dem Erlös dieses Anlehens von rund 223 Millionen Kronen wurden 100 Millionen Kronen an das Investitionsanlehen, dem sie verschussweise zur Deckung laufender Ausgaben entnommen werden waren, rückersetzt, die übrigen 123 Millionen wurden in den Monaten Dezember 1918 bis März 1919 durch die in den eigenen Einnahmen nicht gedeckten Erfordernisse bis auf einen kleinen Rest von 3.7 Millionen Kronen aufgebraucht. Es war somit in jedem dieser vier Monate zur laufenden Gebarung ein Zuschuss von ungefähr 30 Millionen Kronen notwendig. Die kommenden Monate werden nunmehr infolge der Forderungen der Angestellten eine bedeutende Erhöhung der Auslagen verursachen, weshalb es notwendig ist, zur Aufrechterhaltung einer ordentlichen Kassengebarung geeignete Schritte zu unternehmen. Es wäre empfehlenswert für die dringenden Bedürfnisse einen Betrag von 50 Millionen Kronen aus dem Investitionsanlehen des Jahres 1917 verschussweise zu entnehmen. Aus unverbindlichen Verbesprechungen mit einer Wiener Bank geht hervor, dass diese bereit wäre, der Gemeinde Wien bis Ende Juni dieses Jahres einen Kontokorrentkredit bis zur Höhe von 50 Millionen Kronen zu eröffnen. Um jedoch die dauernden Mehrauslagen der Gemeinde decken zu können, ist es notwendig, das Gleichgewicht im Gemeindehaushalte durch dauernde Einnahmen wieder herzustellen. Der Vorschlag für das Verwaltungsjahr 1919/20 liege zwar noch nicht vor, es ist aber zu erwarten, dass das Defizit, welches dieser aufweisen wird, infolge der ungeheuren Mehrleistungen ein sehr bedeutendes sein wird. Die Schaffung neuer Einnahmequellen macht eine Auseinandersetzung mit dem Staate unbedingt notwendig. Es wäre anzustreben, dass der Staat der Gemeinde entweder die Einhebung von Zuschlägen zur staatlichen Einkommensteuer gestattet oder dass er ihr seine lokalen Steuereinnahmen, wie Realsteuern und Verzehrungssteuer, überlässt. Anlässlich dieser Verhandlungen mit dem Staate wäre neuerlich darauf zu dringen, dass der Gemeinde die Kriegsauslagen im Betrage von rund 50 Millionen Kronen rückersetzt werden. In diesem Betrage sind für Einquartierungsstellen allein 24 Millionen Kronen enthalten.

Der Bürgermeister legte schliesslich dem Stadtrate folgende Anträge vor: Der Magistrat wird ermächtigt aus den Beständen des Investitionsanlehens von Jahre 1914, Emissionen 1917, einen Betrag von 50 Millionen Kronen verschussweise zur Deckung laufender Erfordernisse zu verwenden; der Bürgermeister wird ermächtigt, mit der Länderbank wegen Eröffnung eines Kontokorrentkredites von 50 Millionen Kronen zum jeweiligen Wechselzinsfusse der Österreichisch-ungarischen Bank die näheren Vereinbarungen zu treffen; mit der Staatsverwaltung sind unverzüglich Verhandlungen in der Richtung einzuleiten, dass der Gemeinde Wien die Einhebung von Zuschlägen zur staatlichen Einkommensteuer gestattet und die bisherigen staatlichen Real- und Verzeh-

rungssteuern im Wiener Gemeindegebiet überlassen werden; an die Staatsverwaltung ist neuerlich mit der dringenden Forderung auf Rückerersatz jener Auslagen heranzutreten, welche die Gemeinde während des Krieges im staatlichen Interesse zu machen gezwungen war.

Die Anträge des Bürgermeisters wurden nach einer längeren Wechselrede, an der sich die VB. Hess und Rain, die Stadträte Emmerling, Dr. Hein, Dr. Kienböck, Schmid und Skaret beteiligten, einstimmig angenommen. Schliesslich wurde über Antrag des Bürgermeisters ein städtisches Komitee gewählt, welches sich mit der Lösung der finanziellen Fragen im Gemeindehaushalte zu beschäftigen haben wird. Die Mitglieder dieses Komitees sind: die Stadträte Angermayer, Emmerling, Dr. Hein, Dr. Kienböck, Schmid, Skaret und Vaugoin, sowie Gemeinderat Breitner.

Eine Verwendungszulage für die Sanitätsmannschaft. Nach einem Antrage des VB- Reumann in der heutigen Sitzung des Stadtrates wird den gesamten nicht ärztlichen Sanitätsbediensteten vom 1. April an eine tägliche Verwendungszulage von K 3 bewilligt.